

# Das Bildungsmagazin des Landeselternbeirats



Landeselternbeirat  
Baden-Württemberg  
**Eltern MitWirkung**

**Schulgesetz-Reform**  
Der Traum von effizienter Elternarbeit

Die Strukturdebatte in der Schulpolitik ist überfällig  
Warum die Weigerung der neuen Landesregierung,  
keine Strukturdebatte führen zu wollen, falsch ist

Eltern fragen – Michael Rux antwortet  
„Gefährdungsbeurteilung“ – ein Thema für Eltern

Initiative startet Buchprojekt  
zum Thema „übergreifendes Lehrpersonal in staatlichen  
Schulen“

## Inhaltsverzeichnis

<b>Schulgesetz-Reform</b>			
Der Traum von effizienter Elternarbeit .....	3		
<b>Heute und damals: Gespräch zwischen Elternvertretern</b>			
Interview mit Saskia Esken .....	5		
<b>Die Strukturdebatte in der Schulpolitik ist überfällig</b>			
Warum die Weigerung der neuen Landesregierung, keine Strukturdebatte führen zu wollen, falsch ist .....	8		
<b>„Gespräche sind für mein Handeln essenziell.“</b>			
Interview mit Kultusministerin Theresa Schopper .....	9		
<b>In Beziehung sein</b>			
Schule ist mehr als das Einfüllen von Wissen in Kinderköpfe .....	11		
<b>Entwicklungsimpuls statt Machtinstrument</b>			
Trainingsinsel an der Schule Neuenstein .....	12		
<b>„Genau hinsehen und zuhören“</b>			
Das soziale Miteinander in der Schulgemeinschaft ist für gutes Lernen essenziell .....	13		
<b>ArbeiterKind.de</b>			
Als Erstakademikerin an die Hochschule: Jessica Müller .....	14		
		<b>Eltern fragen – Michael Rux antwortet</b>	
		„Gefährdungsbeurteilung“ – ein Thema für Eltern .....	15
		<b>Aktion Jugendschutz (ajs)</b>	
		Landesarbeitsstelle Baden-Württemberg .....	16
		<b>Initiative startet Buchprojekt</b>	
		zum Thema „übergreifendes Lehrpersonal in staatlichen Schulen“ .....	17
		<b>Initiative gegen Gewalt und sexuelle Belästigung in unserer Schule</b>	
		Interview mit Johannes Heibel .....	18
		<b>Spiel, Spaß, Probleme lösen:</b>	
		Game-based Learning im Blickpunkt .....	20
		<b>Woche 60@Corona:</b>	
		<b>Ich wünsche Dir „gute Antikörperbildung“</b>	
		Schadet das Virus dem Gehirn? .....	22
		<b>Wie geht es weiter?</b>	
		Die Kuh muss vom Eis – aber nicht warten, bis der See aufgetaut ist! .....	23

Liebe Leserinnen und Leser!

Es geht schon wieder los, bzw. wir sind schon wieder an dem Punkt angekommen, wo es scheint, dass man Schulschließungen billigend in Kauf zu nehmen beabsichtigt. Bevor überhaupt brauchbare Daten zu „Delta“ auf dem Markt sind, wird fleißig darüber diskutiert, wie man möglichst wieder Schulen teilweise schließen und Schülerinnen und Schüler in den Wechselunterricht schicken kann. Es fehle an FFP2-Masken für Kinder – die gibt es zwar seit Mitte letzten Jahres, aber Politiker müssen diesbezüglich wohl auch nicht unbedingt gründlich recherchieren, sondern hauptsächlich schnell und laut hinausrufen. Zumal wir doch gelernt haben, dass es nach dem Schweizer-Käse-Prinzip weniger um den Schutz durch eine einzige Maßnahme geht, sondern um das sinnvolle Zusammenspiel.



Michael Mittelstaedt,  
Vorsitzender des  
19. Landeselternbeirats

„Kids first“ muss es nun heißen. Eineinhalb Jahre lang haben wir als Gesellschaft zum Schutz der vulnerablen Gruppen und anderer Mitglieder unserer Gesellschaft Kindern die Teilhabe an Bildung massiv eingeschränkt. Haben wir uns entschuldigt, dass viele von uns trotz der klaren Situation in Risikogebiete gereist sind, ihren Spaß hatten und zu Treibern der Pandemie wurden? Südtirol war so sinnlos wie ein Kropf und dafür sollten wir uns an die eigene Nase fassen. Ebenso dafür, dass wir im Freizeitbereich vieles zu tun bereit sind, aber im schulischen Bereich einen Stillstand akzeptieren, der

nur im Staatsdienst so möglich ist. Es gibt sie: Krisensichere Klassenzimmer mit geregelter Lüftung, Platz, ordentlicher Arbeitsplatzbeleuchtung und ergonomischem Mobiliar. Sind uns unsere Kinder das nicht wert oder warum verweigern wir ihnen das, was wir jedem Büroarbeiter in der Gesellschaft selbstverständlich zur Verfügung stellen? Wie erbärmlich ist es, dass wir uns hinter Argumenten verstecken, die wir selbst nicht wirklich glauben, weil sie einfach an den Haaren herbeigezogen sind? Mir persönlich tut es sehr leid, dass wir als Eltern nicht bestimmen können, dass unseren Kindern bestes Umfeld, bestes Material und bestes Personal zur Verfügung gestellt wird – hier fehlt ganz klar ein Mitbestimmungsrecht. Stattdessen beklagt sich das Personal – sicherlich teilweise berechtigt – bei Kindern, Jugendlichen und Eltern über seine Arbeitszustände. Dafür habe ich Verständnis, aber ganz ehrlich, mir würde man sagen „dann wechsele doch Deinen Job“. Kein anderer Arbeitnehmer beklagt sich bei den Kunden über seine Arbeitszustände, sondern beim Arbeitgeber.

Was sollen denn unsere Kinder sagen? Die haben eben keine Wahl. Ebenso fragt niemand die Eltern, ob sie – man muss ganz klar konstatieren, dass sie weder gefragt wurden, noch dafür ausgebildet sind – den Beschulungs- und Betreuungsaufwand überhaupt stemmen können. Daher die ganz klare Forderung: Statt irgendwelchen anderen Gruppen nun zu mehr Freiheiten zu verhelfen, muss jetzt Voll-Präsenz-Unterricht mit maximaler Anstrengung sichergestellt werden. „Sicher“ im Sinne von zuverlässig und unter möglichst gesundheitlich sicheren Bedingungen.

Herzlichst, Ihr

Michael Mittelstaedt

# Schulgesetz-Reform

## Der Traum von effizienter Elternarbeit

Da saß er also nun, der Abteilungsleiter aus dem Kultusministerium, und stellte den Organisationsplan für die Schulen des Landes vor. Von dem wussten alle in der Sitzung, dass er nie und nimmer auch nur im Ansatz die Interessen der Eltern, der Lehrkräfte und der Schulen des Landes wahrnehmen können. Der Ministeriale konnte gleichwohl und in aller Ruhe die Zumutung des Landes für die Ausstattung der Schulen mit Lehrkräften in den nächsten zwei Jahren vorstellen. Er hatte nichts zu befürchten. Ihm gegenüber saßen die Elternvertreter des Landes – und die können reden, so lange sie wollen. Zu sagen haben sie nichts!

Warum ist das so? Im wichtigsten Gremium der Schule, der Schulkonferenz, sitzen Eltern zwar laut Schulgesetz auf Augenhöhe und quantitativ paritätisch gleich besetzt mit Schülern und Lehrkräften, dies aber wird in ihrer Bedeutung von den wenigsten Schulleitungen anerkannt und praktiziert. Man lese nur „Schule im Blickpunkt“ 5/21 „Hätten sie's gewusst?“, Seite 19. Und leider ist dies auch den wenigsten Elternvertretern in der Bedeutung bekannt.

Auf der Schulebene könnte man aufgrund gesetzlicher Verankerung optimistisch darauf setzen, dass es nur noch eine Frage der Zeit ist, bis auch noch der letzte Schulleiter verstanden hat, dass die Schulgesetzänderung vor fünf Jahren Partizipation und Gemeinsamkeit bei den wichtigsten Beschlüssen für die Schule vorgesehen hatte. Allerdings besteht für Optimismus nur wenig Anlass, denn Schule ist eben nach wie vor eine Frage der Hierarchie von oben nach unten – und ganz unten stehen Eltern und die Interessen ihrer Kinder.

### Ein Beratungsorgan ohne Rechte: der LEB

Wer das übertrieben pessimistisch bezeichnet, schaue sich unter anderem an, wie das ebenfalls per Gesetz festgelegte Beratungsinstrument des Kultusministeriums, also der Landeselternbeirat, an der ganz kurzen Leine geführt wird.

Wenn ein Minister mit einem derartigen Organisationsplan im Landtag auftauchen würde, dann wären heftige und öffentlichkeitswirksame Attacken eine Selbstverständlichkeit. Der Minister am Sprecherpult würde von der Opposition gegrillt, die Öffentlichkeit würde erfahren, wie schlimm es um die Lehrerversorgung in Baden-Württemberg bestellt ist und wie es die Opposition besser machen würde. Auch wenn Opposition nun mal immer auch Minderheit bedeutet und diese Minderheit eben stets das Nachsehen hat, verspricht man sich in einer Demokratie gleichwohl von besseren Konzepten auch bessere Wahlchancen – und damit die Möglichkeit, es künftig selbst besser machen zu können.

Nichts davon bleibt Eltern und deren Vertretern im Land!

Da gibt es die Elternsprecher, die Elternbeiräte, die Gesamtelternbeiräte in Städten und Kommunen, die Arbeitsgemeinschaft gymnasialer Elternvertreter (ARGE) in den Regierungspräsidien und – eben als Beratungsorgan des Kultusministeriums durch Gesetz installiert: den Landeselternbeirat. Alles in der Regel gut funktionierend, in der Regel miteinander, manchmal auch gegeneinander arbeitende Or-

ganisationen, die aber allesamt das Wohl unserer Kinder auf die Fahnen geschrieben haben. Sie bringen unendlich viel Zeit und auch Kompetenz in die Elternarbeit ein und machen sich dabei ununterbrochen an der Praxis orientierte Gedanken, wie man „Schule“ besser strukturieren, organisieren und inhaltlich ausrichten könnte.

Hätte man die Forderungen der Eltern frühzeitig auf Seiten des Kultusministeriums zur Kenntnis genommen, garantiert wäre Schulunterricht unter Pandemiebedingungen im Land besser abgelaufen. Man denke nur an die sicheren Klassenräume mit Lüftungsanlagen, an die Halbierung von Lerngruppen mit gleichzeitiger Betreuung von pädagogischem Fachpersonal und an den entzerrten Unterrichtsbeginn und dessen Ende. Alles Elternforderungen von September letzten Jahres, die von der Kultusbürokratie mit dem Schlagtot-Argument „Lüften! Lüften!“ und der Schließung der Schulen gekontert wurde.

Warum aber verhalten alle Eltern-Forderungen ungehört, seien sie auch noch so intelligent, überlegt und mit Argumenten unterfüttert? Warum gilt elterliche Kompetenz in den Schulen – egal auf welcher Ebene – als zumeist unerwünscht, bestenfalls geduldet?

### Elternarbeit? Unerwünscht, bestenfalls geduldet

Im Schulgesetz des Landes Baden-Württemberg steht im Paragraph 60 unter anderem, dass der Landeselternbeirat das Ministerium berät und dass er Vorschläge unterbreiten kann. Des Weiteren, dass das Ministerium dem LEB „allgemeine, die Gestaltung und Ordnung des Schulwesens betreffende Regelungen vor ihrem Inkrafttreten zuleiten“ soll. Zu Themen des Erziehungs- und Unterrichtswesens und zu den genannten Regelungen kann der von allen Schularten demokratisch gewählte Landeselternbeirat Vorschläge, Stellungnahmen und Anregungen unterbreiten.

Das war's. Mehr Kompetenzen oder Rechte hat der Landeselternbeirat nicht.

Und also geht das Kultusministerium und dessen Vertreter – ab und an auch der Minister bzw. seit mehr als fünf Jahren die Ministerin – in die Sitzungen des LEB. Es werden Vorlagen von den Elternvertretern diskutiert, oft stundenlang und in der Regel gut bestückt mit der gesammelten Kompetenz der Schulartenvertreter Baden-Württembergs – und also gibt es auch den Organisationsplan des Ministeriums, in dem zum dritten Mal in Folge unzureichende Lehrerstellen und eine absehbare Unterrichts-Unterversorgung dokumentiert wird. Die Versammlung argumentiert und diskutiert, stellt schließlich auch Ungereimtheiten in der Schularten-Zuordnung fest, weil die öffentlich ach so durch Lehrermangel gebeutelten Grundschulen nicht mehr, sondern weniger Lehrerstellen im Organisationsplan zugewiesen bekommen. Hat davor niemand gemerkt. Macht auch nichts, der Kultus-Abteilungsleiter zuckt mit den Achseln und erklärt, der Plan sei eine reine Organisationsfeststellung, zu der der LEB sagen und beschließen könne, was er wolle. Jeder Beschluss habe keinerlei Auswirkungen auf den Verlauf der Geschichte.

Der LEB lehnt zum zweiten Mal in Folge den Organisationsplan des Landes zur Lehrerversorgung ab, fordert stattdessen eine Reduzierung der Klassengröße und entsprechende Maßnahmen, um die Lehrer-Versorgung im Land zu erhöhen, und bewirkt damit: nichts!

Gut zu wissen, dass es sich mit allen anderen Vorlagen des Kultusministeriums gegenüber den Elternvertretern ähnlich verhält: Die Elternvertreter im LEB dürfen reden, wenn sie denn gefragt werden – was auch nicht immer der Fall ist, weil ja bei Eilbedürftigkeit die Stellungnahme des LEB auch schon mal wegfallen kann.

Aber: Zu sagen haben die Elternvertreter eben nichts.

### Vetorecht für den Landeselternbeirat in Hessen

Ein Blick über die Grenze im Norden zeigt, dass solch ein Verhältnis Kultuspolitik zu Elternvertreter keineswegs gottgegeben oder in eherne Gesetzestafeln gemeißelt ist. Dort gibt es für den ziemlich gleich zusammengewählten Landeselternbeirat „zustimmungspflichtige Maßnahmen“! Und demnach muss der Landeselternbeirat eben allen Gesetzen zu bildungspolitischen Themen zustimmen. Tut er das nicht, dann setzt er mit seinem Veto einen Prozess in Gang, bei dem Kultusministerium und Landeselternbeirat einen Kompromiss finden sollen. Finden Sie diesen, so endet das Veto des Landeselternbeirats in einer gemeinsamen Lösung. Finden Elternvertreter und Ministerium keinen Kompromiss, wird das Gesetz gegebenenfalls in einer anderen Formulierung erneut dem Landeselternbeirat vorgelegt, der dann ein zweites Mal ablehnen kann. Dann geht es erneut in einen Diskussionsprozess mit hoffentlich einer Einsicht auf beiden Seiten. Wird

kein Kompromiss gefunden, muss das Kultusministerium diesen Dissens der Landesregierung insgesamt – und damit der Öffentlichkeit generell – mitteilen. Erst dann kann das Gesetz im Landtag beraten und beschlossen werden.

Es gibt noch eine ganze Reihe von Festlegungen im Schulgesetz von Hessen, die allesamt das Ziel haben, dass sich alle Beteiligten darum bemühen, sich auf das gemeinsame Ziel zum Wohl der Kinder zu einigen. Die Regelungen sehen aber eben auch die Mitsprache und gegebenenfalls auch die unterschiedlichen Meinungen von Kultusministerium und Elternvertretern vor – einschließlich zweimaligem Vetorecht.

Es ist nicht bekannt, dass in Hessen durch diese gesetzlich festgelegte und praktizierte Partizipation der Elternvertreter der Untergang des Abendlandes oder auch nur der Schulen in Hessen droht.

Warum geht das in Baden-Württemberg nicht?

Ganz sicher werden damit nicht alle Probleme zwischen Elternvertretern und Kultusministerium gelöst werden. Nun ist es aber in Politik und Wirtschaft überall so, dass gleichberechtigte Partner automatisch nach gemeinsamen Lösungen im Interesse aller suchen. Vielleicht ist diese komplette Missachtung der Eltern einer der Gründe, warum es in der Bildungspolitik des Landes so schief läuft.

Einer davon. Denn aufgrund mangelnder Bereitschaft, genug Geld für Bildung in die Hand zu nehmen, wird man den großen Rest der Landes-Bildungsmisere auch durch noch so viel Partizipation und Augenhöhe nicht in den Griff bekommen.

Michael Mattig-Gerlach

#### Das Mitbestimmungsrecht der Eltern im Hessischen Schulgesetz (§§ 100–120):

##### § 118 Zustimmungspflichtige Maßnahmen

(1) Der Zustimmung des Landeselternbeirates bedürfen:

1. allgemeine Bestimmungen über Bildungsziele und Bildungsgänge, insbesondere in Kerncurricula, Lehrplänen und Prüfungsordnungen, soweit sie das Unterrichtswesen der Schulen gestalten,
2. allgemeine Bestimmungen, welche die Aufnahme in weiterführende Schulen und die Übergänge zwischen den Bildungsgängen regeln,
3. allgemeine Richtlinien für die Auswahl von Lernmitteln,
4. allgemeine Schulordnungen, soweit sie das Unterrichtswesen gestalten.

(2) Zustimmungspflichtige Maßnahmen sind zwischen dem Kultusministerium und dem Landeselternbeirat mit dem Ziel einer Verständigung zu erörtern. Bei Einverständnis der Beteiligten kann von einer Erörterung abgesehen werden.

(3) Verweigert der Landeselternbeirat seine Zustimmung, so ist dieser Beschluss schriftlich zu begründen. Hält das Kultusministerium seinen Antrag aufrecht, so hat der Landeselternbeirat innerhalb von zehn Wochen nach dieser Mitteilung erneut zu beraten und zu entscheiden. Wird die Zustimmung wiederum verweigert, entscheidet das Kultusministerium endgültig. Hat der Landeselternbeirat den zweiten ablehnenden Beschluss mit mehr als zwei Dritteln der Zahl seiner gesetzlichen Mitglieder gefasst, so kann das Kultusministerium eine gegenteilige Entscheidung nur mit Zustimmung der Landesregierung treffen.

##### § 120 Auskunfts- und Vorschlagsrecht

(1) Das Kultusministerium erteilt dem Landeselternbeirat auf Verlangen Auskunft über Angelegenheiten, die für die Gestaltung des Unterrichtswesens von allgemeiner Bedeutung sind.

(2) Der Landeselternbeirat hat ein Vorschlagsrecht für Maßnahmen zur Gestaltung des Unterrichtswesens

#### Das Mitbestimmungsrecht der Eltern im Schulgesetz Baden-Württembergs (§ 60):

1. Der aus gewählten Vertretern der Eltern bestehende Landeselternbeirat berät das Ministerium für Kultus und Sport in allgemeinen Fragen des Erziehungs- und Unterrichtswesens, insbesondere bei der Gestaltung der Bildungs- und Lehrpläne und der Zulassung der Schulbücher.
2. Der Landeselternbeirat kann dem Ministerium für Kultus und Sport Vorschläge und Anregungen unterbreiten. Das Ministerium für Kultus und Sport unterrichtet den Landeselternbeirat über die wichtigen allgemeinen Angelegenheiten und erteilt ihm die notwendigen Auskünfte. Auch soll das Ministerium für Kultus und Sport dem Landeselternbeirat allgemeine, die Gestaltung und Ordnung des Schulwesens betreffende Regelungen vor ihrem Inkrafttreten zuleiten.

## Heute und damals: Gespräch zwischen Elternvertretern

### Interview mit Saskia Esken

**SiB:** Frau Esken: Was hat sich seit ihrer Zeit als Mitglied im LEB in der Elternarbeit geändert?

**Saskia Esken:** Vorneweg will ich sagen, dass ich mich sehr gefreut habe über diese Gelegenheit, meine Verbundenheit mit der „Schule im Blickpunkt“ zu zeigen. In meiner Zeit im Vorstand des LEB durfte ich gemeinsam mit Carsten Rees die Mitverantwortung dafür tragen. Auch die Elternvertretung an den Schulen meiner Kinder und die Organisation von Elterninteressen auf Landkreisebene habe ich als ein Agieren im vorpolitischen Raum gesehen. Klar kann ich auch Kuchen backen. Und ich finde, es ist auch okay, als Elternvertreterin mal einen Kuchen zu backen. Aber da endet unsere Rolle nicht, sondern wir nehmen als Interessenvertreter der Eltern und ihrer Kinder Einfluss darauf, wie die Schule vor Ort organisiert ist, wie der Schülertransport organisiert und die Kostenbeteiligung der Eltern gestaltet wird. Dieses Rollenverständnis ist im Schulgesetz auch so angelegt. Auf Landesebene beraten wir als Landeselternbeirat die Landesregierung und nehmen Stellung zu allen relevanten Themen. Und das habe ich in der Zeit, in der ich im Landeselternbeirat im Vorstand tätig war, auch so gehalten.



Saskia Esken, MdB

@Anne Hufnagl

Wir haben uns mit Themen der Lehrerversorgung, also mit Organisationserlässen und Ähnlichem beschäftigt, aber auch mit der Ausgestaltung der Gemeinschaftsschule, die in dieser Zeit gegründet wurde, und damit auch mit der Einbeziehung der Elternvertreter der Gemeinschaftsschule im Landeselternbeirat.

Eltern sind nicht nur kompetent als Eltern, sondern haben viele wertvolle berufliche Fähigkeiten, die sie dann sowohl vor Ort als auch auf der politischen Ebene einbringen können. Also ich glaube, wir haben in dieser Zeit die Bildungspolitik recht aktiv begleitet. Und das war eine wertvolle Arbeit.

**SiB:** Wenn Sie das damalige Schulgesetz sich vergegenwärtigen: Mit der damals eingeführten paritätischen Mitbestimmung in der Schulkonferenz wollte man ein Miteinander auf Augenhöhe von Eltern, Schülern und Lehrern erreichen. Die sehen wir eigentlich bis heute noch nicht erreicht. In Hessen hat der Landeselternbeirat ein Vetorecht und die Möglichkeit, sehr viel mehr auf das Schulgesetz und Bildungspolitik einzuwirken als das hier in Baden-Württemberg der Fall ist.

**Saskia Esken:** Auch die Erziehungspartnerschaft und die Beteiligung von Eltern und Schülern an der Schulentwicklung sind gesetzlich festgeschrieben. Und dennoch muss eine gute erziehungspartnerschaftliche Kultur vor Ort erstmal erarbeitet werden. Ich bin überzeugt, dann ergibt sich aus dieser Beteiligung auch ein Mehrwert für alle Beteiligten. Dazu gehört eben auch die notwendige Vertrauensarbeit vor Ort.

Ganz klar ist aber die gesetzliche Regelung der Parität in der Schulkonferenz eine wichtige Grundlage dafür. Deswegen kann ich nur dafür plädieren, auch den Landeselternbeirat im Schulgesetz zu einem echten Beteiligungsgremium weiterzuentwickeln, das nicht nur berät, sondern auch aktiv Einfluss nehmen kann.

**SiB:** Woran liegt es, dass offensichtlich selbst was gesetzlich festgelegt ist, so schwer in die Realität umzusetzen ist?

**Saskia Esken:** In ihrem Alltag sind Schulen tagein, tagaus damit beschäftigt, den Mangel an allem Möglichen zu verwalten und dabei das Chaos so fern wie möglich zu halten. In einer solchen Situation wird Veränderung als eine Gefahr empfunden, auch wenn sie womöglich Aussicht auf Besserung versprechen könnte. Es ist die Kunst nicht nur der Bildungspolitik, Veränderungen als Win-Win-Situation für alle Beteiligten zu gestalten.

Nehmen wir mal das achtjährige Gymnasium, das in der Schulzeit meiner Kinder eingeführt wurde. Die plötzlich doch sehr vielen Wochenstunden in der Unter- und Mittelstufe hat man erstmal wie gewohnt in Einzelstunden unterrichtet. Acht Unterrichtsstunden pro Tag, das ist für sich schon heftig. In

Einzelstunden heißt es, dass die Kinder an einem Schultag acht verschiedene Fächer erleben und acht Schulbücher im Ranzen hatten. Eine krasse Überlastung. Dass vier Doppelstunden nicht nur die Schüler entlasten, sondern auch die Lehrkräfte und dass so auch der Schulbetrieb mehr Ruhe erfährt – es war ein hartes Stück Arbeit, davon alle zu überzeugen. Aber es hat sich gelohnt. Die Überzeugungsarbeit vor Ort gehört eben immer dazu, trotz aller gesetzlichen Grundlagen.

**SiB:** Welche Themenschwerpunkte haben Sie in Ihrer Zeit als Elternvertreterin gehabt?

**Saskia Esken:** Ich habe mich intensiv mit der Lehrerversorgung beschäftigt – das ist für viele ein Buch mit sieben Siegeln. Der Organisationserlass besonders birgt sehr viele Nischen, in denen sich alle möglichen Biotope entwickeln können, die dann am Ende im Unterricht fehlen. Wenn der Unterrichtsausfall überhandnimmt, muss man die Frage stellen, ob die Schule als System ihrer Pflicht überhaupt gerecht wird. Immerhin schreibt die Kontingenzstundentafel vor, wie viele Stunden Schüler absolvieren müssen, um überhaupt zu einer Prüfung zugelassen zu werden. Würden Eltern mal nachprüfen, wie viele dieser Stunden ausgefallen sind, müssten sie eigentlich die Teilnahme an der Prüfung verweigern.

**SiB:** Sie könnten nahtlos wieder im Landeselternbeirat anfangen. Die Probleme sind exakt dieselben wie damals.

**Saskia Esken:** Das ist tatsächlich erschreckend. Im Rahmen zur Vorbereitung der 40-Jahr-Feier der Gründung meines SPD-Ortsvereins in Bad Liebenzell, bei dem ich Mitglied geworden bin, habe ich dessen Geschichte ein bisschen aufgearbeitet und dabei das 35 Jahre alte Gedicht eines Mitglieds über die Bildungspolitik des Landes gefunden. Und ich hatte das Gefühl: Würde ich den Namen des Kultusministers austauschen, könnte man das 1 zu 1 heute immer noch so vortragen. Es hat sich wenig verändert, aber vieles verschärft. Jahrelang hat man mit immer weiter zurückgehenden Schülerzahlen gerechnet, weil ja die Geburtenraten zurückgingen. Warum sollte man also Schulen sanieren oder Lehrkräfte ausbilden? Nun haben wir ein handfestes Problem mit dem Mangel an Lehrkräften – das geht soweit, dass die Bundesländer sich gegenseitig die Lehramtsanwärter oder auch Lehrkräfte abwerben. Wir müssen sehen, dass der Beruf attraktiv bleibt. Das beinhaltet auch gute und sichere Bezahlung. Es darf nicht sein, dass Lehrkräfte über die Sommerferien beim Discounter an der Kasse sitzen müssen, weil sie keine Festanstellung erhalten, sondern nur befristet beschäftigt werden. Das ist doch himmelschreiend ungerecht und obendrein verantwortungslos, wenn man eigentlich viel mehr ausbilden und besser versorgen müsste, um dann am Ende den Schülern eine gute Bildung zukommen zu lassen.

**SiB:** Wo sehen Sie die Aufgaben des Bundes in der Bildungspolitik? Bildungspolitik ist natürlich erst mal Ländersache. Sehen Sie trotzdem Möglichkeiten, des Bundes, auf die Bildungspolitik Einfluss zu nehmen?

**Saskia Esken:** Man muss ehrlicherweise sagen, dass wir zwar ein Bundesministerium für Bildung und Forschung haben, dass aber der Bund in Zusammenhang mit der Bildung keine großen Gestaltungsmöglichkeiten hat. Nach der letzten großen Föderalismusreform wurde die Zuständigkeit für die Bildung, insbesondere für die schulische Bildung, getrennt. Seither ist es noch schwieriger, als Bundesgesetzgeber Geld an die Schulen fließen zu lassen, geschweige, inhaltlich Einfluss zu nehmen. Ein erster Schritt zur Überwindung des sogenannten Kooperationsverbots war ja dann die Grundgesetzänderung, um mit dem Digitalpakt Schule 5,5 Milliarden Euro für die digitale Ausstattung von Schulen auf den Weg zu bringen.

Der Mittelabfluss dieser 5,5 Milliarden war aber nicht zufriedenstellend. Nachdem Corona einen gewaltigen Schub ausgelöst hat bei der notwendigen Digitalisierung der Schulen, haben wir etwas genauer hingeschaut, warum die Schulen und ihre Träger bislang so wenig Geld abgerufen haben. Zum einen haben wir die Bürokratie der Anträge vereinfacht, zum anderen haben wir erkannt, dass Endgeräte für Lehrkräfte ebenso fehlen wie für bedürftige Schülerinnen und Schüler. Vor allem aber mangelt es am Fachpersonal, das diese Geräte administrieren kann. Bislang machen das Lehrkräfte, die dafür zwei Entlastungsstunden erhalten – ein Unding, wenn nicht fünf Lehrkräfte, sondern die ganze Schule im Netz ist. Den Kommunen fehlen die Mittel und es fehlt das Personal. Insgesamt haben wir den Digitalpakt um weitere 1,5 Milliarden Euro aufgestockt.

**SiB:** Welcher Ablauf der Digitalisierung in den Schulen müsste denn aus Sicht des Bundes erfolgen?

**Saskia Esken:** Zunächst mal habe ich die Hoffnung, dass man jetzt nach den Sommerferien nicht sagt, zum Glück

ist Corona vorbei und wir können wieder zum digital-freien Unterricht zurückkehren. Es kommt jetzt darauf an, die Erfahrungen auszuwerten, die man gemacht hat mit digitalen Werkzeugen, neuen Ansätzen des Unterrichts, mit interessanten Methoden und mehr Kommunikationen und Kollaboration, und all das weiterzuentwickeln, so dass Schülerinnen und Schüler gut gerüstet in die digitale Welt starten.

Die Ausstattung der Schulen, der Lehrkräfte und der Schüler mit Gerätschaften ist da das eine, die Fortbildung der Lehrkräfte und die Überarbeitung der Bildungspläne das andere – letzteres liegt in der Verantwortung der Länder. Dazu kommt die Erarbeitung neuer, digitaler Lehr- und Lernkonzepte – da brauchen Lehrende und Lernende eine Menge Unterstützung, aber auch die Freiheit, Dinge gemeinsam zu entwickeln. Es geht um die entscheidende Frage: Wie bereiten wir als Bildungsinstitution Schülerinnen und Schülern darauf vor, in einer sich wandelnden digitalen Welt ein selbstbestimmtes Leben führen zu können, beruflich und gesellschaftlich am Ball zu bleiben. Ganz entscheidend ist da die soziale Frage: Wie kann die Digitalisierung in der Bildung dazu beitragen, dass Bildungschancen und damit Teilhabechancen gerechter verteilt werden? Da müssen wir dafür sorgen, dass eine zeitgemäße Bildung weder eine Frage des Geldbeutels der Eltern ist noch eine Frage der finanziellen Leistungsfähigkeit einer Kommune.

Ich würde gerne noch auf ein weiteres Thema zu sprechen kommen, und das sind die Folgen der Corona-Pandemie für die Bildungschancen der Kinder. Wir haben uns mit den Folgen von 15 Monaten Kontaktbeschränkungen, geschlossenen Schulen und Jugendzentren beschäftigt und haben gesehen, dass die Kinder und die Jugendlichen dafür einen Ausgleich brauchen. Jetzt bringen wir unter dem Titel „Corona-Aufholpaket“ ein Bündel an Fördermaßnahmen auf den Weg mit einem Volumen von zwei Milliarden Euro nur für die beiden Haushaltsjahre 2021/22. Die beziehen sich zum einen auf die Förderung zum Schließen von Lernlücken, die sich durch den fehlenden oder eingeschränkten Unterricht ergeben haben. Zum anderen geht es darum, den Kindern und Jugendlichen insgesamt die Entwicklung neuer Perspektiven, mehr Gelassenheit und Zuversicht zu ermöglichen. Sowohl bei den Lernrückständen also auch bei den psychischen Belastungen haben wir einen starken sozialen Zusammenhang. Deswegen ist es uns wichtig, dass wir die Schülerinnen und Schüler auch sozial begleiten, durch mehr Schulsozialarbeit, aber auch Freiwilligendienstleistende, Mentor\*innen und Lehramtsstudierende an die Schulen und in die Einrichtungen kommen, dass Sommercamps und Ferienfreizeiten stattfinden, in denen Kinder die Möglichkeit haben, mit guter Perspektive aus der pandemischen Lage herauszukommen. Für junge Menschen ist die Corona-Pandemie mit all ihren Einschränkungen, mit den Kontaktbeschränkungen und mit den geschlossenen Einrichtungen eine besondere Belastung gewesen. Sie ist es immer noch und muss unsere ganz besondere Aufmerksamkeit behalten.

**SiB:** Wie stark sind die Lerndefizite eigentlich? Wenn man in zwei Wochen Lernbrücken die Lerndefizite der letzten anderthalb Jahren aufholen kann, dann kann man sich eigentlich die Schule sparen, oder?

**Saskia Esken:** Das reicht natürlich nicht aus, da müssen wir mindestens das gesamte nächste Schuljahr hinweg die Schülerinnen und Schüler nach Bedarf zu unterstützen.

**SiB:** Gib es seitens des Bundes die Absicht mit einer Studie festzustellen, wieviel Lerndefizite tatsächlich da sind? Gibt es Überlegungen, langfristige Konsequenzen aus der Pandemie in der Bildungspolitik zu ziehen?

**Saskia Esken:** Die Lerndefizite werden sicher sehr unterschiedlich ausfallen. Sicher gibt es diejenigen, die ohnehin schon in Schwierigkeiten waren und die jetzt im digitalen Unterricht noch weiter abgetaucht sind. Bei anderen fehlte die Unterstützung zu Hause oder die Ausstattung. Insgesamt gibt es aber eben auch eine hohe Abhängigkeit davon, ob die Schule und ihre Lehrkräfte im digitalen Unterricht leistungsfähig war. Ich finde es deshalb wichtig, dass wir nicht mit zentralen Prüfungen an das Thema herangehen, sondern dass die Schulen selbst schauen, wo liegen unsere Probleme und was tun wir jetzt. Deshalb ist ja das Aufholpaket so wichtig. Es wäre für die Bildungsforschung bestimmt spannend. Aber unsere Schülerinnen und Schüler sollten jetzt erstmal nicht Gegenstand von Forschung, sondern von Unterstützung sein. Die Schulen können mithilfe der Mittel des Bundes ganzheitliche Konzepte für die Förderung und die gute Begleitung der Schüler entwickeln und dafür zusätzliches Personal aus Volkshochschulen und Nachhilfeinstituten beschäftigen, oder aber Freiwilligendienstleistende und Studierende.

Es ist an dieser Stelle auch wichtig, immer wieder auf das Programm „Bildung und Teilhabe“ hinzuweisen. Etwa 30–35 % aller Schülerinnen und Schüler sind berechtigt, Leistungen aus dem „Bildungs- und Teilhabe Paket“ zu beziehen. Und da geht es nicht nur um die Unterstützung des Schulausflugs oder der Vereinsmitgliedschaft, sondern auch um Unterstützung der individuellen Lernförderung. Und weil wir wissen, dass gerade die, die Unterstützung am dringendsten bräuchten, sich mit komplizierten Anträgen eher schwertun, ist es wichtig, auch hier die Bürokratie zu verringern. Was wir jetzt in den nächsten Tagen im Bundestag beschließen, ist, dass auch die Lernförderung durch Sammelanträge von den Schulen organisiert werden kann und damit also die Finanzierung an dieser Stelle für Nachhilfe gesichert ist.

**SiB:** Dieses Heft erscheint im Juli, also kurz vor Ende des Schuljahres: Was kann uns die ehemals stellvertretende LEB-Vorsitzende Saskia Esken Ermutigendes für das nächste Schuljahr mit auf den Weg geben?

**Saskia Esken:** Wenn es um Bildungsgerechtigkeit geht, und ich finde das ein ganz zentrales Anliegen, dann müssen wir den Ausbau von Ganztagschulen besser hinbekommen. Ganztageschulen tragen nicht nur dazu bei, dass Eltern Familie und Beruf besser vereinbaren können. Vor allem verbessern sie die Bildungschancen aller Schülerinnen und Schüler, weil der Ganztag Raum und Zeit für individuelle Bildung und Entwicklung schafft.

Wenn es um optimale Bedingungen für individuelle Entwicklungs- und Bildungschancen geht, dann kommt es auch darauf an, in gemischten Lerngruppen zu arbeiten, wie es zum Beispiel Gemeinschaftsschulen machen. Vielleicht schaffen wir es auch, Schritt für Schritt vom reinen Fachunterricht wegzukommen und mehr problemlösungsorientierte Unterrichtsprojekte anzubieten, die viel tiefere, nachhaltige Lernerfolge mit sich bringen als das klassische „Pauken“.

John Hattie hat in seiner Metastudie zu den Bedingungen für Bildungserfolge deutlich gemacht, dass es vor allem auf die Lehrkraft ankommt, auf deren gute Ausbildung und auf gute Unterstützungssysteme im Arbeitsalltag. Da wären multiprofessionelle Teams zu nennen, aber auch genügend Fortbildung und dazu Supervision, die in anderen Berufen üblich ist, wo man mit Menschen arbeitet. Das sind die Themen, auf die es ankommt, um das große Ziel und das wichtige Ziel von gutem stressfreiem Schulunterricht zu ermöglichen, Schulen als Lern- und Lebensort gestalten zu können, wo Kinder sich wohlfühlen, wo sie gerne groß werden. Die haben jetzt alle ihre Schulen vermisst, nicht nur, weil sie ihre Freunde wiedersehen wollen, sondern weil auch die Begleitung durch Lehrkräfte und pädagogisches Personal für sie ein wichtiger Entwicklungsimpuls ist.

Deswegen müssen wir mehr Ausbildung von Lehrkräften, Schulsozialarbeitern, Erzieherinnen und Erziehern möglich machen und auch deren dauerhafte Beschäftigung, damit die Schulen langfristig einen Ausblick und die Chance haben, tatsächlich guten Unterricht zu organisieren und zu leisten.

**SiB:** Frau Esken, wir danken für das Gespräch.

*Irina Obert  
Michael Mattig-Gerlach*

Saskia Esken wurde 1961 in Stuttgart geboren, ist verheiratet und hat drei erwachsene Kinder. Sie hat eine duale Ausbildung zur staatlich geprüften Informatikerin an der Akademie für Datenverarbeitung in Böblingen abgeschlossen und war in der Softwareentwicklung tätig.

Mitglied des Bundestages seit 2013. Seit Dezember 2019 gemeinsam mit Norbert Walter-Borjans Vorsitzende der SPD.

Mitglied im 16. Landeselternbeirats (2012 – 2014), stellvertretende Vorsitzende des Landeselternbeirats und Redaktionsmitglied „Schule im Blickpunkt“.



<https://www.saskiaesken.de/>

# Schule im Blickpunkt

## Informationen des Landeselternbeirats Baden-Württemberg

Schule im Blickpunkt informiert engagierte Eltern und Elternvertreter, aber auch Lehrkräfte und Schulleitungen über Fragestellungen, Diskussionen und Beschlüsse des Landeselternbeirats. Themen, die Eltern beschäftigen, werden gut lesbar aufbereitet und diskutiert.

Eltern, die neu in die Elternvertretung gewählt wurden, erhalten durch Schule im Blickpunkt viele Hilfestellungen, Einblicke in schulrelevante Themengebiete sowie Tipps für die alltägliche Elternarbeit.

Bei allem steht eine gute und konstruktive Zusammenarbeit aller am Schulleben Beteiligten im Vordergrund.

Abonnieren Sie Schule im Blickpunkt für alle Klassenelternvertreter. Die Finanzierung kann über die Schule, die Elternbeiratskasse oder z. B. auch über Sponsoring geschehen.

Bleiben Sie informiert: Sofern Sie noch nicht zum Abonnenten- oder Empfängerkreis gehören, empfehlen wir Ihnen als interessierte Eltern, sich diese Zeitschrift für den eigenen persönlichen Gebrauch zu abonnieren.



### Schule im Blickpunkt

- erscheint sechsmal jährlich
- 1. Ausgabe eines Jahrgangs erscheint zum Schuljahresanfang.
- Jede Ausgabe DIN A4 mit ca. 24 Seiten

Best.-Nr. 07  
Jahresabonnement € 12,- (Preis inkl. Porto € 16,38)  
Einzelpreis € 2,50 (zzgl. Porto)

**Gut und aktuell  
informiert durch's  
Schuljahr für  
nur € 16,38 im Jahr!**

## BESTELLCOUPON

Hiermit bestelle ich auf Rechnung:

\_\_\_ Schule im Blickpunkt **Jahresabonnement** € 12,- (Preis inkl. Porto € 16,38)

\_\_\_ Schule im Blickpunkt **Probeexemplar** kostenlos

Meine Anschrift Kd.-Nr. \_\_\_\_\_

Vor- und Nachname \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Datum und rechtsverbindliche Unterschrift \_\_\_\_\_

SIB

Ich möchte regelmäßig den Newsletter über aktuelle Themen und Neuerscheinungen erhalten.

### Bestellcoupon ausfüllen und einsenden an:

Neckar-Verlag GmbH • 78045 Villingen-Schwenningen  
bestellungen@neckar-verlag.de • www.neckar-verlag.de  
Fax +49 (0)77 21 / 89 87-50

**Widerrufsrecht** bei Bestellungen: 14 Tage.

Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (schriftlich).  
**Datenschutz:** Ihre Daten speichern wir zur Geschäfts- und Bestellabwicklung und um Sie über unsere Neuheiten im Bereich Schule per Post zu informieren. Ihre Adresse sowie die E-Mail-Adresse geben wir an einen Versanddienstleister weiter. Sie können der Verwendung Ihrer Daten jederzeit widersprechen, es fallen keine Kosten an. Unsere Datenschutzbestimmungen finden Sie unter [www.neckar-verlag.de/datenschutz](http://www.neckar-verlag.de/datenschutz)

## Der 19. Landeselternbeirat

### Geschäftsstelle des LEB

Silberburgstr. 158, 70178 Stuttgart, Tel. 0711/741094, Telefax 0711/741096, [info@leb-bw.de](mailto:info@leb-bw.de)

**Vorstand:** Vorsitzender: Michael Mittelstaedt  
Stellv. Vorsitzende: Manuela Afolabi, Petra Rietzler, Eberhard Herzog von Württemberg  
Kassenwart: Dr. Matthias Zimmermann  
Stellv. Kassenwartin: Charlotte Brändle  
Schriftführerin: Anne Mone Sahnwaldt

	Regierungsbezirk Freiburg	Regierungsbezirk Karlsruhe	Regierungsbezirk Stuttgart	Regierungsbezirk Tübingen
Grundschule	Prof. Dr. Sérgio F. Fortunato <a href="mailto:fortunato@leb-bw.de">fortunato@leb-bw.de</a>	Katrin Ballhaus <a href="mailto:ballhaus@leb-bw.de">ballhaus@leb-bw.de</a>	Tabea Lunghamer <a href="mailto:lunghamer@leb-bw.de">lunghamer@leb-bw.de</a>	Simon Hausmann <a href="mailto:hausmann@leb-bw.de">hausmann@leb-bw.de</a>
Gemeinschafts- schule	Petra Rietzler <a href="mailto:rietzler@leb-bw.de">rietzler@leb-bw.de</a>	Jeannette Tremmel <a href="mailto:tremmel@leb-bw.de">tremmel@leb-bw.de</a>	Miriam Kuhn-Gültekin <a href="mailto:kuhn-gueltekin@leb-bw.de">kuhn-gueltekin@leb-bw.de</a>	Susanne Petermann-Mayer <a href="mailto:petermann-mayer@leb-bw.de">petermann-mayer@leb-bw.de</a>
Werkrealschule/ Hauptschule	nicht besetzt	nicht besetzt	Silke Pantel <a href="mailto:pantel@leb-bw.de">pantel@leb-bw.de</a>	nicht besetzt
Realschule	Harry Müller <a href="mailto:mueller@leb-bw.de">mueller@leb-bw.de</a>	Thorsten Papendick <a href="mailto:papendick@leb-bw.de">papendick@leb-bw.de</a>	Manuela Afolabi <a href="mailto:afolabi@leb-bw.de">afolabi@leb-bw.de</a>	Jürgen Czirr <a href="mailto:czirr@leb-bw.de">czirr@leb-bw.de</a>
Gymnasium	Michael Mittelstaedt <a href="mailto:mittelstaedt@leb-bw.de">mittelstaedt@leb-bw.de</a>	Dr. Matthias Zimmermann <a href="mailto:zimmermann@leb-bw.de">zimmermann@leb-bw.de</a>	Michael Mattig-Gerlach <a href="mailto:mattig-gerlach@leb-bw.de">mattig-gerlach@leb-bw.de</a>	Frank Häber <a href="mailto:haeber@leb-bw.de">haeber@leb-bw.de</a>
Sonderpäd. Bil- dungs- und Bera- tungszentren	Anne Mone Sahnwaldt <a href="mailto:sahnwaldt@leb-bw.de">sahnwaldt@leb-bw.de</a>	Eberhard Herzog von Württemberg <a href="mailto:wuerttemberg@leb-bw.de">wuerttemberg@leb-bw.de</a>	Nancy Ohlhausen <a href="mailto:ohlhausen@leb-bw.de">ohlhausen@leb-bw.de</a>	Sabine Luncz <a href="mailto:luncz@leb-bw.de">luncz@leb-bw.de</a>
Berufsschule	Gabriele Hils <a href="mailto:hils@leb-bw.de">hils@leb-bw.de</a>	Sabrina Wetzel <a href="mailto:wetzel@leb-bw.de">wetzel@leb-bw.de</a>	Dunja Recht <a href="mailto:recht@leb-bw.de">recht@leb-bw.de</a>	nicht besetzt
Berufliches Gymnasium	Irina Obert <a href="mailto:obert@leb-bw.de">obert@leb-bw.de</a>	Jörg Rupp <a href="mailto:rupp@leb-bw.de">rupp@leb-bw.de</a>	Ulrich Kuppinger <a href="mailto:kuppinger@leb-bw.de">kuppinger@leb-bw.de</a>	Norbert Hölle <a href="mailto:hoelle@leb-bw.de">hoelle@leb-bw.de</a>
Schulen in freier Trägerschaft	Charlotte Brändle <a href="mailto:braendle@leb-bw.de">braendle@leb-bw.de</a>			

**Impressum:** Herausgeber: Landeselternbeirat Baden-Württemberg, Silberburgstr. 158, 70178 Stuttgart, Telefon (0711) 741094, Vorsitzender: Michael Mittelstaedt – Redaktionsleitung: Irina Obert, Hohackerstraße 25, 77791 Berghaupten. Redaktion: Anne Mone Sahnwaldt, Dr. Ulrike Felger, Michael Mattig-Gerlach, Jörg Rupp. – Verlag: Neckar-Verlag GmbH, Klosterring 1, 78050 Villingen-Schwenningen, Telefon (07721) 8987-0. E-Mail: [info@neckar-verlag.de](mailto:info@neckar-verlag.de), Internet: [www.neckar-verlag.de](http://www.neckar-verlag.de) – Erscheint sechsmal im Schuljahr – Bestellung beim Verlag – Jahresabonnement Euro 12,- zzgl. Porto. Abbestellungen nur zum Schuljahresende schriftlich, jeweils acht Wochen vorher – Rücksendung unverlangt eingeschickter Manuskripte, Bücher und Arbeitsmittel erfolgt nicht. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers oder des Verlags. Zuschriften nur an die Redaktionsleitung: [sib@leb-bw.de](mailto:sib@leb-bw.de). Die Datenschutzbestimmungen der Neckar-Verlag GmbH können Sie unter [www.neckar-verlag.de](http://www.neckar-verlag.de) einsehen. Titelbild: © robert collins, unsplash